

ZH_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT UV.2017.00210 vom 10. Juli 2018

ZH Sozialversicherungsgericht, 2018-07-10, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh_sozialversicherungsgericht_UV.2017.00210

FR: ZH_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT UV.2017.00210 du 10 juillet 2018

IT: ZH_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT UV.2017.00210 del 10 luglio 2018

Erwägungen

E. 1.1

Im verwaltungsgerichtlichen Beschwerdeverfahren sind grundsätzlich nur Rechtsverhältnisse zu überprüfen beziehungsweise zu beurteilen, zu denen die zuständige Verwaltungsbehörde vorgängig verbindlich – in Form einer Verfügung beziehungsweise eines Einspracheentscheids – Stellung genommen hat. In soweit bestimmt die Verfügung beziehungsweise der Einspracheentscheid den beschwerdeweise weiterziehbaren Anfechtungsgegenstand. Umgekehrt fehlt es an einem Anfechtungsgegenstand und somit an einer Sachurteilsvoraussetzung, wenn und insoweit keine Verfügung beziehungsweise kein Einspracheentscheid ergangen ist (BGE 131 V 164 E. 2.1; 125 V 413 E. 1a).

E. 1.2

Mit Verfügung vom 14. Juni 2017 (Urk. 10/17) gab die Suva der Y.____ sinngemäss bekannt, dass sie Z.____ als unselbstständig erwerbstätig qualifiziert habe und Y.____ als dessen Arbeitgeberin betrachte. Mit Eingabe vom 17. Juli 2017 (Urk. 10/21) liessen sowohl die Y.____ als auch die X.____, eine Gesellschaft niederländischen Rechts mit Sitz in Amsterdam, Einsprache gegen die genannte Feststellungsverfügung erheben. Die Suva wies die Einsprache der Y.____ mit Entscheid vom 7. August 2017 (Urk. 2) ab. Die Einsprache der X.____ wurde – soweit ersichtlich – nicht behandelt.

Die Einsprache von Z.____ wurde von der Suva in einem ebenfalls am 7. August 2017 ergangenen, separaten

Entscheid abgewiesen (Urk. 10/22). Dieser Einspracheentscheid erwuchs – soweit ersichtlich – unangefochten in Rechtskraft.

E. 1.2.1

Zwecks Prüfung der Eintretensfrage beziehungsweise der Legitimation der Beschwerdeführerinnen erweist es sich als notwendig, vorgängig den Streitgegenstand des vorliegenden Verfahrens zu bestimmen.

E. 1.2.2

In der Feststellungsverfügung vom 10. November 2015 (Urk. 10/3), auf welche die Verfügung vom 14. Juni 2017 (Urk. 10/17) verweist, wird – wenn auch nicht der Form nach, so aber doch inhaltlich klar – im Sinne eines Dispositivs unter anderem Folgendes festgehalten: Für Ihre Tätigkeit im Bereich Limousinenservice gelten Sie [...] bei den Sozialversicherungen als unselbstständig erwerbend.

Informieren Sie Ihre Arbeitgeber.

Dies wurde mit Verfügung vom 14. Juni 2017 (Urk. 10/17) der Beschwerdeführerin 2 zur Kenntnis gebracht. Mit anderen Worten stellte die Beschwerdegegnerin ein Arbeitsverhältnis zwischen der Beschwerdeführerin 2 und dem Beigeladenen fest.

E. 1.2.3

Im angefochtenen Einspracheentscheid vom 7. August 2017 (Urk. 2) erläuterte die Beschwerdegegnerin zunächst auf S. 1 (erster Absatz), es sei verfügungsweise festgestellt worden, dass die Tätigkeit des Beigeladenen als unselbstständige Erwerbstätigkeit qualifiziert worden sei.

An der Arbeitgeberbereitschaft der Beschwerdeführerin 2 hielt die Beschwerdegegnerin auch im angefochtenen Einspracheentscheid fest. Sie stützte sich dabei im Wesentlichen auf den im Handelsregister genannten Zweck der Beschwerdeführerin 2, die X.____-Gruppe beim Anbieten von Transportdienstleistungen zu unterstützen sowie alle damit verbundenen Dienstleistungen zu erbringen.

E. 1.2.4

An der Sichtweise, dass die Beschwerdeführerin 2 Arbeitgeberin des Beigeladenen sei, hielt die Beschwerdegegnerin auch im vorliegenden Prozess fest (Urk. 9 S. 3 Ziff. 4.1): «Im vorliegenden Verfahren ist streitig, ob die Suva zu Recht Herrn Z.____ hinsichtlich seiner Fahrtätigkeiten für die Firma Y.____, die er aufgrund der Aktenlage zumindest in der Zeit vom 1.1.2015 bis 23.12.2015 für X.____

ausgeführt hat, als unselbständig erwerbend qualifiziert hat.» Konsequenterweise beantragte die Beschwerdegegnerin, es sei auf die Beschwerde der Beschwerdeführerin 1 nicht einzutreten, da diese durch den angefochtenen Einspracheentscheid in keiner Art und Weise berührt sei und daher kein schutzwürdiges Interesse an der Aufhebung des Entscheids habe.

E. 1.2.5

Streitgegenstand des vorliegenden Prozesses bilden somit die Fragen, ob die Tätigkeit des Beigeladenen (Erbringung von entgeltlichen Fahrdiensten unter Benützung der X.____-App) als selbstständige oder unselbstständige Erwerbstätigkeit zu qualifizieren ist und ob die Beschwerdeführerin 2 dabei als Arbeitgeberin des Beigeladenen anzusehen ist.

E. 1.2.6

Wie bereits ausgeführt wurde, ist der exklusiv an den Beigeladenen gerichtete, separate Einspracheentscheid vom 7. August 2017 (Urk. 10/22) offenbar unangefochten in Rechtskraft erwachsen. Dieser Einspracheentscheid ist aber ohnehin nicht Anfechtungsgegenstand des vorliegenden Beschwerdeverfahrens. Damit hat sich das Sozialversicherungsgericht nicht zu befassen, zumindest nicht im vorliegenden Verfahren.

E. 1.3.1

Den Ausführungen der Beschwerdegegnerin ist insoweit zuzustimmen, dass mit Entscheid vom 7. August 2017 (Urk. 2) einzig über die Einsprache der Beschwerdeführerin 2 entschieden wurde. Über die Einsprache der Beschwerdeführerin 1 vom 17. Juli 2017 (Urk. 10/21) wurde weder im genannten Entscheid noch an demorts befunden.

Da die Beschwerdeführerin 1 durch den angefochtenen Einspracheentscheid nicht berührt ist, insbesondere mit Wirkung ihr gegenüber weder das Bestehen noch das Nichtbestehen irgendeines Rechtsverhältnisses festgestellt wurde, ist sie nicht zur Beschwerde gegen den

angefochtenen Einspracheentscheid legitimiert (Art. 59 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts [ATSG]). Die Einsprache der Beschwerdeführerin 1, welche von der Beschwerdegegnerin nicht behandelt wurde, ist vielmehr noch bei letzterer pendent, welche unter anderem in jenem Verfahren eigenständig über die Legitimation zur Einsprache der Beschwerdeführerin 1 zu befinden haben wird.

Aus dem Gesagten folgt, dass auf die Beschwerde der Beschwerdeführerin 1 grundsätzlich nicht einzutreten ist.

E. 1.3.2

Aus der oben in E. 1.2.5 wiedergegebenen Umschreibung des Streitgegenstandes folgt ohne Weiteres, dass auf die Beschwerde der Beschwerdeführerin 2, soweit damit die Feststellung des Nichtbestehens der Arbeitgebereigenschaft der Beschwerdeführerin 1 oder einer anderen Gesellschaft der X.____-Gruppe beantragt wurde, nicht einzutreten ist. Diese Frage ist nicht Gegenstand des vorliegenden Prozesses.

Entsprechend verhält es sich mit dem Antrag auf Feststellung, dass weder die Beschwerdeführerin 1 noch eine sonstige Gesellschaft der X.____-Gruppe Sozialversicherungsbeiträge auf die vom Beigeladenen im Zusammenhang mit der Verwendung der X.____-App geleisteten Zahlung zahlen müsse. Auch das ist nicht Thema dieses Verfahrens. Darauf ist nicht einzutreten.

E. 1.3.3

Wie ausgeführt wurde, hat die Beschwerdegegnerin über die Einsprache der Beschwerdeführerin 1 vom 17. Juli 2017 (Urk. 10/21) noch nicht befunden. Nach Lage der Dinge ist davon auszugehen, dass die Beschwerdegegnerin von dieser Einsprache keine Notiz genommen hat. Der Tatbestand der Rechtsverweigerung ist somit offensichtlich erfüllt. Die Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör geht damit einher. Mangels eines ausdrücklichen Antrags der Beschwerdeführerin 1, im Sinne von Art. 56 Abs. 2 ATSG die Rechtsverweigerung festzustellen, ist jedoch von einer entsprechenden Feststellung im Dispositiv dieses Entscheids abzusehen. 2.

E. 2

Die Beschwerde der Beschwerdeführerin 2 sei - soweit darauf einzutreten ist - abzuweisen und der Einsprache-Entscheid vom 7.8.2017 sei zu bestätigen.

E. 2.1

Strittig und zu prüfen ist im vorliegenden Beschwerdeverfahren - wie ausgeführt - nicht nur, ob die streitgegenständliche Tätigkeit des Beigeladenen (Erbringung von entgeltlichen Fahrdiensten unter Benützung der X.____-App) als selbstständige oder unselbstständige Erwerbstätigkeit zu qualifizieren ist, sondern insbesondere auch, ob die Beschwerdeführerin 2 als Arbeitgeberin des Beigeladenen in Frage kommt.

In einem ersten Schritt ist somit zu prüfen, ob zwischen der Beschwerdeführerin 2 und dem Beigeladenen überhaupt eine vertragliche Beziehung besteht beziehungsweise eine solche Beziehung rechtsgenügend nachgewiesen werden kann. Fehlt es an einer solchen (ausdrücklich oder konkludent geschlossenen) vertraglichen Beziehung, kann die Beschwerdeführerin 2 a fortiori auch nicht Arbeitgeberin des Beigeladenen sein. Diesfalls könnte dessen beitragsrechtlicher Status im vorliegenden Beschwerdeverfahren offengelassen werden.

E. 2.2

Die Beschwerdegegnerin führte zur Begründung der Arbeitgeberstellung der Beschwerdeführerin 2 im angefochtenen Einspracheentscheid (Urk. 2) im Wesentlichen aus, dass dem Handelsregistereintrag entnommen werden könne, dass die Y.____ namentlich zum Zweck habe, die X.____-Gruppe beim Anbieten von Transportdienstleistungen zu unterstützen sowie alle damit verbundenen Dienstleistungen zu erbringen. Daraus könne insgesamt geschlossen werden, dass die betreffende Gesellschaft hinsichtlich der vorliegend zu beurteilenden Transportdienstleistungen die Verantwortung für den Standort Schweiz der X.____-Gruppe trage (S. 1 f.).

Im vorliegenden Prozess verwies die Beschwerdegegnerin auf ein Rechtsgutachten von Prof. A.____ (Urk. 9 S. 7): Dieser komme zum Ergebnis, dass die Beschwerdeführerin 2 Arbeitgeberin sei, und nicht etwa die Firma B.____, die gemäss Gutachten in zivilrechtlicher Hinsicht Arbeitgeberin der X.____-Fahrer sei. Die Beschwerdeführerin 2 verfüge über Büroräumlichkeiten in der Schweiz. Auch wenn die X.____-Fahrer nicht in diesen Büroräumlichkeiten beschäftigt seien, fänden zwischen den X.____-Fahrern und den Angestellten der Beschwerdeführerin 2 durchaus Kontakte statt, wie sich zum Beispiel einer publizierten Stellenausschreibung entnehmen lasse. Insgesamt sei deshalb davon auszugehen, dass die Beschwerdeführerin 2 als beitragspflichtige Arbeitgeberin zu bezeichnen sei.

E. 2.3

Demgegenüber stellte sich die Beschwerdeführerin 2 diesbezüglich im Wesentlichen auf den Standpunkt (Urk. 1/1), dass sie Dienstleistungen für andere Unternehmen der X.____-Gruppe erbringe, insbesondere die Förderung der App auf dem schweizerischen Markt. Hingegen erbringe sie keinerlei Transportdienstleistungen, stehe in keiner vertraglichen Beziehung mit den Fahrern oder Fahrgästen, welche die App nutzten, und sei in keiner Weise in das Funktionieren der App eingebunden. Für die Überweisung der durch die Fahrgäste bezahlten Fahrpreise für die über die App ausgeführten Fahrten an die C.____, D.____

- und die E.____-Fahrer seien die Beschwerdeführerin 1 beziehungsweise die B.____ zuständig (S. 6).

E. 2.4

Der Beigeladene erklärte telefonisch, dass er mit der Sache nichts zu tun habe. Er habe keinen Arbeitsvertrag mit X.____ und wünsche, dass sein Name aus dem Dossier entfernt werde. Er verlange einen Beweis, falls man zum Schluss käme, dass er Arbeitnehmer von X.____ sei (Urk. 13).

E. 3

Der betroffene Arbeitnehmer, Herr Z.____, [...] sei zum Verfahren beizuladen. »

Mit Verfügung vom 12. Januar 2018 (Urk. 12) wurde Z.____ zum Prozess beigeladen und ihm Frist zur Stellungnahme angesetzt. Telefonisch teilte er dem Sozialversicherungsgericht mit, dass er mit der Sache nichts zu tun habe und sein Name aus dem Dossier zu entfernen sei (Urk. 13). Mit Verfügung vom 17. Januar 2018 (Urk. 14) wurde den Parteien und dem Beigeladenen Frist zur Stellungnahme zum gesamten Prozessstoff angesetzt. Es wurden aber keine weiteren Eingaben ins Recht gereicht.

Auf die Ausführungen der Parteien ist, soweit für die Entscheidungsfindung erforderlich, in den Erwägungen einzugehen. Das Gericht zieht in Erwägung: 1.

E. 3.1

Über die konkreten Vertragsbeziehungen des Beigeladenen lässt sich den Akten nichts Relevantes entnehmen. Es liegt kein personalisierter oder gar unterschriebener Vertrag zwischen ihm und einer Gesellschaft der X.____-Gruppe bei den Akten.

In den Akten ist lediglich ein (nicht unterzeichneter) Mustervertrag enthalten (Urk. 3/2 und Urk. 10/21/30-40). Es ist aufgrund der Parteivorbringen jedoch davon auszugehen, dass dieser Mustervertrag für die vorliegende Streitsache von Belang ist. Aus diesem Vertrag ergibt sich, dass er zwischen dem «Partner» (unabhängige Gesellschaft [beziehungsweise Person], die sich gewerblich mit der Erbringung von Beförderungsdienstleistungen beschäftigt) und «X.____» abgeschlossen wurde beziehungsweise abgeschlossen werden sollte. Nach Lage der Dinge kann es sich bei dieser «X.____»-Gesellschaft nur um die X.____ mit Sitz in Amsterdam, also der Beschwerdeführerin 1, handeln. Die Beschwerdeführerin 2, die Y.____, wird in diesem Mustervertrag jedenfalls nicht erwähnt.

In diesem Mustervertrag werden die vertraglichen Beziehungen zwischen dem «Partner», dem Fahrer, und der Beschwerdeführerin 1 umfassend geregelt. Reglungsgegenstände sind etwa die Nutzung der X.____-Services, die Vergütungen und Zahlungen, die Anforderungen an die Partner (Genehmigungen, Lizenzen, amtliche Bescheinigungen, Führerscheine und dergleichen)

sowie Haftungsfragen. Der Vertrag untersteht niederländischem Recht. Es wird ein Schiedsverfahren vereinbart; Ort des Schiedsverfahrens ist Amsterdam (Ziff. 11 des Mustervertrages), dem Sitz der Beschwerdeführerin 1.

E. 3.2

In den Akten befindet sich kein Vertrag zwischen dem Beigeladenen oder einer anderen Person und der Beschwerdeführerin 2. Den Akten lassen sich auch keine Indizien entnehmen, die auf eine vertragliche Beziehung zwischen dem Beigeladenen und der Beschwerdeführerin 2 hindeuten würden.

E. 3.3

Zum Geldfluss finden sich in den Akten keine aussagekräftigen Dokumente. Aufgrund der (nicht substantiiert in Zweifel gezogenen) Vorbringen der Beschwerdeführerinnen (vgl. Urk. 1/1 S. 6) und der entsprechenden Bestimmungen im Mustervertrag (Urk. 3/2; Ziff.

E. 3.4

Soweit sich die Beschwerdegegnerin zur Begründung der von ihr behaupteten Arbeitgebereigenschaft der Beschwerdeführerin 2 auf deren Handelsregistereintrag stützte, ist ihr entgegenzuhalten, dass diese Argumentationsweise nicht zielführend ist. Erstens kann aus einer allgemeinen und mehr oder weniger abstrakten Zweckumschreibung in einem Handelsregistereintrag einer juristischen Person nicht auf das Bestehen oder Nichtbestehen eines konkreten, individuellen Arbeitsverhältnisses geschlossen werden. Zweitens lässt sich dem Handelsregistereintrag der Beschwerdeführerin 2 nicht entnehmen, dass sie bezwecke, Fahrer zu beschäftigen oder Fahrdienste anzubieten.

Entsprechendes gilt für den Hinweis der Beschwerdegegnerin auf das Urteil des Bundesgerichts 2C_500/2016 vom 31. Oktober 2016. Auch daraus lässt sich nicht ableiten, dass zwischen der Beschwerdeführerin 2 und dem Beigeladenen eine vertragliche Beziehung oder gar ein Arbeitsvertrag besteht. Es ging in diesem Präjudiz um die anders gelagerte Frage betreffend Beschwerdelegitimation der Beschwerdeführerin 2 zur Anfechtung eines sogenannten règlement

intercommunal

sur le service des taxis. Für den vorliegenden Streitfall erweist sich dieses Präjudiz als nicht einschlägig.

E. 3.5

Auch soweit sich die Beschwerdegegnerin auf das Gutachten von Prof. A.____ be ruft, erweist sich ihr Vortrag als unzutreffend: Sie brachte vor, Prof. A.____ sei zum Ergebnis gekommen, dass die Y.____, also die Beschwerdeführerin 2, beitragspflichtige Arbeitgeberin der Fahrer sei (Urk. 9 S. 7). Prof. A.____ ging in seinem Gutachten - nach eher summarischer Prüfung der Sachlage und im Wesentlichen mittels Interpretation einer Stellenausschreibung - vielmehr davon aus, dass entweder die Beschwerdeführerin 2 als beitragspflichtige Arbeitgeberin zu bezeichnen sei oder aber die X.____-Tochter B.____ (Urk. 11 /1 S. 26). Die im vorliegenden Verfahren entscheidende Frage beantwortet somit das Gutachten A.____ nicht, weshalb die Beschwerdegegnerin daraus nichts für ihren Parteistandpunkt betreffend Arbeitgeberberei genschaft ableiten kann. 4. 4.1

Aufgrund der herrschenden Aktenlage ist nicht erstellt, dass die Beschwerdeführerin 2 in irgendeiner vertraglichen Beziehung zum Beigeladenen steht. Es liegt kein schriftlicher Vertrag zwischen der Beschwerdeführerin 2 und dem Beigeladenen bei den Akten. Es fehlen zudem Hinweise oder Indizien dafür, dass zwischen der Beschwerdeführerin 2 und dem Beigeladenen ein mündlicher oder konkludent geschlossener Vertrag besteht. Hingegen besteht ein ausführlicher Mustervertrag zwischen der Beschwerdeführerin 1 und den potentiellen Fahrern (vgl. Urk. 3/2).

Die Beschwerdegegnerin konnte auch nicht plausibel darlegen oder gar beweisen, dass die Beschwerdeführerin 2 in irgendeiner Weise in den Geldfluss zwischen Fahrgast und Fahrer involviert ist. Nach dem grundsätzlich plausiblen Vorbringen der Beschwerdeführerinnen ist auch dafür innerhalb der X.____-Gruppe die Beschwerdeführerin 1 zuständig.

Obwohl in den Akten nichts für die Arbeitgeberberei genschaft der Beschwerdeführerin 2 spricht, kann diese nicht endgültig ausgeschlossen werden. Dazu sind die Akten zu unergiebig. 4.2

Die Aktenlage lässt einen Entscheid in der Frage, ob zwischen der Beschwerdeführerin 2 und dem Beigeladenen eine vertragliche Beziehung besteht, nicht zu. Die Beschwerdegegnerin hat diesbezüglich - soweit ersichtlich - keine Abklärungen unternommen und sich stattdessen mit der Interpretation eines Handelsregisterauszugs und der (unzutreffenden) Wiedergabe eines Rechtsgutachtens begnügt. Reine Plausibilitätsüberlegungen oder Spekulationen genügen nicht. Der Sachverhalt bedarf einer gründlichen Abklärung, die in den Akten festzuhalten ist. Erst wenn der Sachverhalt feststeht, ist zu dessen juristischer Beurteilung zu schreiten.

Da die Aktenlage keinen Entscheid in der Sache selbst erlaubt, ist die Beschwerde der Beschwerdeführerin 2, soweit darauf einzutreten ist, in dem Sinne gutzuheissen, dass der

angefochtene Einspracheentscheid vom 7. August 2017 (Urk. 2) aufgehoben und die Sache an die Beschwerdegegnerin zurückgewiesen wird, damit diese die notwendigen Sachverhaltsabklärungen vornehme und allenfalls neu verfüge.

Soweit der Beigeladene erklärte, dass er mit diesem Fall nichts zu tun habe und sein Name aus dem Dossier zu entfernen sei, ist festzuhalten, dass seinem Begehren aus prozeduralen Gründen nicht stattgegeben werden kann und ihm deshalb dieser Entscheid ungeachtet seines Desinteresses zu eröffnen ist. Bei in Frage stehender Qualifikation einer Erwerbstätigkeit steht es dem Betreffenden nicht frei, etwas damit zu tun haben zu wollen oder nicht. Die Beitragspflicht ist gesetzlich geregelt und hat nichts Freiwilliges an sich.

E. 5

Gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen seit der Zustellung beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht werden (Art. 82 ff. in Verbindung mit Art. 90 ff. des Bundesgesetzes über das Bundesgericht, BGG). Die Frist steht während folgender Zeiten still: vom siebten Tag vor Ostern bis und mit dem siebten Tag nach Ostern, vom 15. Juli bis und mit 15. August sowie vom 18. Dezember bis und mit dem 2. Januar (Art. 46 BGG).

Die Beschwerdeschrift ist dem Bundesgericht, Schweizerhofquai 6, 6004 Luzern, zuzustellen.

Die Beschwerdeschrift hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift des Beschwerdeführers oder seines Vertreters zu enthalten; der angefochtene Entscheid sowie die als Beweismittel angerufenen Urkunden sind beizulegen, soweit die Partei sie in Händen hat (Art. 42 BGG). Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich
Der Vorsitzende
Der Gerichtsschreiber
GräubStocker

E. 5.1

Nach § 34 Abs. 1 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (GSVGer) hat die obsiegende Beschwerde führende Person Anspruch auf Ersatz der Parteikosten. Diese werden ohne Rücksicht auf den Streitwert nach der Bedeutung der Streitsache, der Schwierigkeit des Prozesses und dem Mass des Obsiegens bemessen (§ 34 Abs. 3 GSVGer). Nach ständiger Rechtsprechung gilt die Rückweisung der Sache an die Verwaltung zur weiteren Abklärung und neuen Verfügung als vollständiges Obsiegen (BGE 137 V 57 E. 2.2), weshalb die vertretene Beschwerdeführer in 2 Anspruch auf eine Prozessentschädigung hat.

Obwohl auf die Beschwerde der Beschwerdeführerin 1 nicht einzutreten ist, ist ihr in Anwendung von § 6 Abs. 3 der Verordnung über die Gebühren, Kosten und Entschädigungen vor dem Sozialversicherungsgericht (GebV

SVGer) ebenfalls eine angemessene Prozessentschädigung zuzusprechen, da sich die Beschwerdeführerin 1 durch die von der Beschwerdegegnerin zu vertretende Rechtsverweigerung (Nichtbehandlung der Einsprache) beziehungsweise durch die dadurch entstandene Rechtsunsicherheit zur Erhebung der Beschwerde veranlasst sah.

E. 5.2

Bei der Bemessung der Prozessentschädigung ist neben den in E. 5.1 genannten Kriterien insbesondere auch dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Eingaben der Beschwerdeführerinnen mit nur wenigen Änderungen auch in einer sehr grossen Zahl von Parallelprozessen eingereicht werden konnten und sich demzufolge massgebliche

Synergieeffekte ergeben haben. Demzufolge ist die Beschwerdegegnerin zu verpflichten, den Beschwerdeführerinnen Prozessentschädigungen von je Fr. 1'250. (inklusive Barauslagen und Mehrwertsteuer) zu bezahlen. Das Gericht beschliesst: Auf die Beschwerde der Beschwerdeführerin 1 wird nicht eingetreten, und erkennt: 1.

Die Beschwerde der Beschwerdeführerin 2 wird, soweit darauf eingetreten wird, in dem Sinne gutgeheissen, dass der Einspracheentscheid vom 7. August 2017 aufgehoben und die Sache an die Beschwerdegegnerin zurückgewiesen wird, damit diese die notwendigen Sachverhaltsabklärungen vornehme und allenfalls neu verfüge. 2.

Das Verfahren ist kostenlos. 3.

Die Beschwerdegegnerin wird verpflichtet, den Beschwerdeführerinnen 1 und 2 Prozessentschädigungen von je Fr. 1'250. (inklusive Barauslagen und Mehrwertsteuer) auszurichten. 4.

Zustellung gegen Empfangsschein an: - Rechtsanwalt Rayan

Houdrouge - Suva - Z.____ - Bundesamt für Gesundheit

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.